

Kritische Wissenschaft benötigt Rahmenbedingungen. Diese sind heute für viele Wissenschaftler_innen drastisch und existenzbedrohend eingeschränkt. Solidarität mit verfolgten Wissenschaftler_innen in der Türkei und darüber hinaus!

Derzeit werden in der Türkei massiv akademische und Meinungsfreiheiten eingeschränkt. Die Gruppe „Academics for Peace“ (<http://barisicinakademisyenler.net/English>) berichtet von insgesamt über 1.500 Rechtsverletzungen gegen Akademiker_innen, die im Januar 2016 eine Petition „We Will Not Be A Party To This Crime“ gegen diese Einschränkungen unterzeichneten. Der Vorwurf lautet „Propaganda für den Terror“ und wird auf Grundlage des Türkischen Anti-Terror-Gesetzes (Artikel 7/2) individuell verfolgt. Die Staatsanwaltschaft fordert Gefängnisstrafen bis zu 7,5 Jahren.

In diesem Kontext ist es sicherlich nicht falsch sich daran zu erinnern, dass von 1939-1945 viele in Deutschland lehrende und forschende Wissenschaftler_innen in die Emigration gezwungen wurden und dort auch auf unterstützende Strukturen trafen (vgl. z.B. Christian Fleck. 2015. Etablierung in der Fremde. Vertriebene Wissenschaftler in den USA nach 1933. Frankfurt). Ohne diese Strukturen wäre z.B. die Neugründung der bundesdeutschen Sozialwissenschaften nicht gelungen.

Die Philipp-Schwartz-Initiative von der Alexander-von-Humboldt-Stiftung (<https://www.humboldt-foundation.de/web/philipp-schwartz-initiative.html>) kann als vernünftige Reaktion u.a. hierauf betrachtet werden. So können 20 bis zu 50 Wissenschaftler_innen ein Stipendium erhalten. Die Mittel der Initiative sind im Vergleich zur Anzahl der Verfolgten äußerst begrenzt und derzeit bereits ausgeschöpft.

Große Institutionen wie Hochschulen und Universitäten verfügen über beträchtliche Mittel, die sie im Zuge ihrer angestrebten und sukzessiv gewonnenen Autonomie von staatlichen Stellen zumindest teilweise auf Grundlage eigener Schwerpunktsetzungen und Profilbildung einsetzen können (z.B. oft kostspielige Bewerbungen im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes).

Allerdings geht mit Autonomie auch Verantwortung einher. Die Mittel zur Schaffung von einer bis drei (zumindest temporären) Stelle(n) für verfolgte Wissenschaftler_innen dürfte innerhalb dieses Rahmens liegen.

Wir rufen daher einerseits dazu auf, im je konkreten institutionellen Umfeld auf die Situation verfolgter Wissenschaftler_innen in der Türkei und darüber hinaus aufmerksam zu machen. Andererseits soll dies mit der Forderung nach der sofortigen Schaffung zusätzlicher Stellen verbunden werden.